

P/XVIII/27

Bonn, den 9. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Im Vorfeld von 1965 Schatten der fünften Bundestagswahlen	45
2 - 3	Nach dem Besuch aus Paris Pehlannonce für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit Von Dieter Bielenstein	85
3a	Abgewählt Westerland löste sich von Reinefarth	48
4	Interessante Zahlen von den Berliner Wahlen Junge Generation hinter Willy Brandt und der Berliner SPD	46
5 - 6	Eine neue Zukunft für Cypern ? Bedeutung eines Staatsbesuches in London Von Dr. B. Mathiopoulos, Bonn	81

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Im Vorfeld von 1965

ap - Franz Josef Strauß, das beunruhigendste Fragezeichen deutscher Politik, bereitet seine Rückkehr in ein Bonner Ministeramt vor. Seine Wiederwahl zum CSU-Landesvorsitzenden von Bayern stärkte seine Machtposition, und er wird von ihr Gebrauch zu machen wissen. Er ist nicht der Mann, der sich an die Seite drängen läßt, sein erzwungener Abgang als Verteidigungsminister ist für ihn nur eine Episode. Dieser intelligente, aber ebenso skrupellose Mann fühlt sich berufen, der deutschen Politik den Stempel seines Willens aufzudrücken. Ihm ist es gelungen, allem Widerstand in der eigenen Partei Herr zu werden. Sein Erfolg beginnt über Bayern hinauszustrahlen, sein Einfluß in der CDU wird zunehmen, und nicht wenige gibt es, die seine Methoden und seinen Stil des herrungslosen Angriffs, der Verdächtigung und der Verleumdung des politischen Gegners nachahmenswert finden. Sie sehen darin eine Garantie für einen Wahlsieg der Unionsparteien bei den Bundestagswahlen 1965.

Franz Josef Strauß konnte als einziger Landesfürst der CDU/CSU den Lorbeerkranz des Siegers bei den letzten Landtagswahlen für sich gewinnen. Alle anderen, Kai Uwe von Hassel ausgenommen, mußten schwere Einbußen hinnehmen. Strauß und seine Partei errangen die absolute Mehrheit in Bayern durch die Bedenkenlosigkeit ihrer Wahlkampfmethoden. Da lohnt sich, die Wahlauftrufe der CSU heute nachzulesen - sie mobilisierten nicht die Vernunft und den politischen Sachverstand, sie appellierten an unterschwellige Stimmungen; ein Goebbels, der Trommler des Nazismus, hätte der Verfasser sein können. Strauß scheute buchstäblich vor nichts zurück, um den politischen Gegner in die Nachbarschaft des Teufels zu bringen; er bediente sich der Klaviatur der Aufpeitschung hemmungsloser Leidenschaften. Das Vokabular des tausendjährigen Reiches stand ihm zur Verfügung, und er machte reichlich davon Gebrauch.

Dieser Erfolg bei den Landtagswahlen sicherte ihm die Wiederwahl zum CSU-Landesvorsitzenden, und die Berufung darauf verurteilte seine Gegner innerhalb der eigenen Partei zur Ohnmacht. Dieser Erfolg ist es auch, der mächtige Gruppen innerhalb der CDU bewegt, ihn, Franz Josef Strauß, als Vorbild für die Wahlkampfführung zu nehmen. Wird die Gesamtpartei dieser Versuchung widerstehen, wird sie es zulassen, daß ein Mann, der das Parlament belog, der niemals ein Vorbild für die Deutsche Jugend sein kann, dem Redlichkeit und Fairneß inhaltslose Begriffe sind, den Stil für die Bundestagswahlen im Jahre 1965 prägt? Wo bliebe dann die so notwendige sachliche Diskussion über Lebensfragen der Deutschen Politik? Mit dem wiedererstarkten Strauß steht die deutsche Demokratie noch vor ihrer größten und härtesten Bewährungsprobe.

Nach dem Besuch aus Paris

Rehlanzeige für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit  
 Von Dieter Bielenstein

Der Besuch der französischen Regierungsdelegation zu den ersten Beratungen im Rahmen des Elysée-Vertrages ist in Bonn ohne großen Nachhall verlaufen. Die praktischen Ergebnisse sind mager. Wenn man von Atmosphärischen und von Zukunftshoffnungen absieht, bleibt als greifbares Resultat von einigem Gewicht die Unterzeichnung des Abkommens über das deutsch-französische Jugendwerk. Dieser Schritt hat allseitige Zustimmung gefunden und er wurde überall publizistisch entsprechend herausgestellt. Dabei sollte man jedoch nicht übersehen, daß der Jugendaustausch im kulturpolitischen Teil des deutsch-französischen Vertrages nur einen von fünf wesentlichen Punkten darstellt.

Die Intensivierung des jeweiligen deutschen und französischen Sprachunterrichts an den Schulen und Hochschulen, die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von Schulzeiten, Prüfungen, Hochschultiteln und Diplomen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung werden neben dem Jugendaustausch im Vertrag als konkrete Ziele genannt, zu deren Verwirklichung sich die Regierungen verpflichtet haben. Bundesminister Heck erklärte mit Recht, daß er diesen Vertragsteil eigentlich für den wichtigsten halte, "denn er soll für die Zukunft, für die weite Zukunft garantieren, daß Deutschland und Frankreich Freunde bleiben". Zu einer Vereinbarung mit praktischen Konsequenzen kam man in Bonn jedoch nur auf dem Gebiet des Jugendaustausches, wengleich auch hier einige Befürchtungen der freien Jugendorganisationen auf der französischen und deutschen Seite vor staatlichem Dirigismus und einseitiger Betonung der internationalen Beziehungen im Hintergrund standen und stehen. Die anderen kulturpolitischen Zielsetzungen des Vertrages wurden fast nur am Rande erwähnt.

Französisch-Unterricht rückläufig

Sie können allerdings bei uns auch allein mit Zustimmung und Hilfe der Länder verwirklicht werden, denen unsere Verfassung nun einmal die Kulturhoheit zuschreibt. Auf diese Situation wurde bereits in den französischen und deutschen Noten vom 19. September und 8. November vor Vertragsabschluß hingewiesen. Die Bundesregierung sagte eine Prüfung der Fragen mit den Länderregierungen zu, doch nichts dergleichen geschah. Erst Mitte Januar, unmittelbar vor Abreise der deutschen Regierungsdelegation zum Vertragsabschluß in Paris, wurde die Kultusministerkonferenz der Länder verständigt, wie zu hören war. Bundesminister Heck reiste wenig später zu weiteren Verhandlungen in die französische Hauptstadt, ohne die Kultusminister vorher oder nachher zu konsultieren. Erst im April ersuchte Außenminister Schröder die Länder, einen Beauftragten zu benennen, woraufhin Ministerpräsident Kiesinger mit dieser Aufgabe betraut wurde.

Bei all dem geht es ja nicht nur um eine formale Frage, sondern auch um die Kompetenz kraft Sachverständes. Die "Saarbrücker Rahmenvereinbarung" der Kultusminister hat Englisch zur ersten Fremdsprache erklärt. Obgleich daneben genügend Möglichkeiten für den Französisch-Unterricht bestehen blieben, ging von 1959 bis 1962 die Zahl der Französisch lernenden Gymnasiasten um rund fünf Prozent zurück. Vor allem an den mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien ist die Situation

ungünstig, da in vier Ländern Französisch nur als Wahlpflichtfach vorgesehen ist und in fünf Ländern nur der Unterricht bis zur Reifeprüfung führt. Die besten Möglichkeiten für eine Intensivierung bestehen an den Mittel- und Sonderschulen. Aber auch an den französischen Schulen rangiert das Englische an erster Stelle, wenngleich die Zahl der Deutsch lernenden Schüler dort stetig zunimmt. Es fehlt aber noch vielfach - vor allem an den Mittelschulen - an geeigneten Fachlehrern oder entsprechenden Bestimmungen in den Abschlußprüfungen.

Das wären in groben Umrissen die Ergebnisse der deutsch-französischen Kulturkommission, die bereits 1954 im Rahmen des deutsch-französischen Kulturabkommens berufen wurde und Mitte Juni sich in Hamburg mit diesen Fragen - wie auch schon häufig vorher - befasste.

Aber auch die gegenseitige Anerkennung der Studienzeiten und Hochschultitel und Diplome ist seit Jahren in der Diskussion. Die deutsch-französische Rektorenkonferenz und zahlreiche Fachkommissionen haben sich in mühevoller Kleinarbeit mit den Einzelheiten dieser schwierigen Materie befaßt. Durch zweiseitige Patenschaften und Abkommen ist der Austausch von Forschern und Forschungsergebnissen ebenfalls längst eingeleitet.

#### Die bundesstaatliche Grundordnung achten

All das kann nur mit den Ländern, ihren Kultusministerien, mit den Hochschulen und ihren Selbstverwaltungsgremien und mit den Forschungsorganisationen weiter vorangetrieben werden. Das ist zum einen sachlich notwendig, denn voreilige, rein außenpolitisch motivierte Federstriche der Bundesregierung oder gar der Ministerialbürokratie könnten mehr verderben als fördern. Zum anderen aber sollte unsere Bundesregierung die bundesstaatliche Grundordnung achten. Auch in den auswärtigen Kulturbeziehungen ist für ein Diktat des Bundes kein Platz. Eine rechtzeitige und sachgerechte Einigung mit den Ländern mag mühsam sein, aber sie ist möglich. Der kulturpolitische Föderalismus wird oft voreilig zum Buhmann gemacht. Die Länder sind gar nicht so unwillig, sich zu koordinieren, wenn ihnen der Bund als fairer Gesprächspartner gegenübertritt, wie z.B. der Wissenschaftsrat beweist. Aber hieran hat es die Bundesregierung dieses Mal, wie stets in letzter Zeit, fehlen lassen.

Die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit wird Schall und Rauch bleiben, so lange die Bundesregierung ihr Verhältnis zu den Ländern nicht bereinigt. Darüber kann nur auch das an sich begrüßenswerte deutsch-französische Jugendwerk nicht hinwegtäuschen, dem auf diesem Hintergrund das Familien- und Jugendministerium durch seinen Ministerialdirigenten Philipp Ludwig sogar schnelligst kulturpolitische Absichten absprach.

Abgewählt  
-----

Westerland löste sich von Reinefarth

sp - Die Stadtverwaltung von Westerland hat jetzt getan, was längst notwendig gewesen wäre. Sie hat ihren Bürgermeister, den früheren SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, den seinerzeitigen BME-Landtagsabgeordneten Heinz Reinefarth, einstimmig abgewählt. Reinefarth war schon vor zwanzig Monaten bei Gewährung voller Bezüge vom Amt beurlaubt, weil der Flensburger Oberstaatsanwalt Biermann zum zweiten Mal ein Ermittlungsverfahren wegen Reinefarths Rolle bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im August 1944 eingeleitet hatte. Jetzt, nachdem in diesem Verfahren die gerichtliche Vorermittlung eingeleitet worden ist, hat das Kieler Innenministerium der Stadtvertretung von Westerland vernünftigerweise nahegelegt gehabt, man möge die Abwahl von Reinefarth prüfen.

Es ist zu begrüßen, daß die Stadtvertretung der Anregung folgte, und es bestand kein Zweifel, daß auch die nach der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung vorgeschriebene Bestätigung der Abwahl im zweiten Wahlgang erfolgen würde. Reinefarth, der Ende 1951 Bürgermeister von Westerland wurde und den man dort 1957 einstimmig wiederwählte, war immer stärker zu einer Belastung des Badeortes auf der Insel Sylt geworden.

Man kann auch zu den Argumenten ja sagen, welche von der Westerland CDU bei der Abwahl von Reinefarth jedenfalls jetzt endlich geltend gemacht wurden. Fraktionschef Dr. Zielinski sagte nämlich, die Stadtvertretung müsse der Jugend zeigen, daß sie den Mut habe, sich von den NS-Repräsentanten zu trennen und bereit sei zu zeigen, "daß wir es mit der Demokratie ernst nehmen". Das Nordseebad Westerland müsse nun endlich aus den negativen Schlagzeilen der Weltpresse, die durch Reinefarth ausgelöst worden sind, herauskommen.

Aufsehen hat aber auch die Feststellung des SPD-Fraktionsführers Ernst Stojan hervorgerufen. Der Dr. Zielinski voll beipflichtete, aber dann eine kritische Äußerung über die Justizbehörden vorbrachte. Die SPD behalte sich vor, sagte er, das Verhalten der Justizbehörden und den damit zusammenhängenden Fragenkomplex zu gegebener Zeit einer Stellungnahme zu unterziehen. Hier tut sich aber auch tatsächlich die Frage auf, wie es denn möglich war, daß Oberstaatsanwalt Biermann ausgebrochen wenige Tage vor der Landtagswahl im Herbst 1958 das Ermittlungsverfahren gegen Reinefarth einstellte, so daß er in den Landtag einziehen konnte.

Schon damals waren ungewöhnlich schwere Belastungen über diesen ehemaligen SS-Gruppenführer bekannt, dem völkerrechtswidrige Massenerschießungen - jedenfalls unter seiner Verantwortlichkeit - bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes, begangen an Zivilisten, vorgehalten werden. Konnte Biermann damals wirklich nicht alle notwendigen Unterlagen, die ja in den Archiven zu haben sind, aus eigener Initiative heranziehen? Mußte denn erst der Polenhistoriker Dr. Hans von Kraurhals von der Ostdeutschen Akademie in Lüneburg neues Belastungsmaterial vorlegen?

## Interessante Zahlen von den Berliner Wahlen

### Junge Generation hinter Willy Brandt und der Berliner SPD

H.B. Seit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sind zwar schon fast fünf Monate vergangen. Nichtsdestoweniger sind die Ergebnisse einer vom Statistischen Landesamt Berlin unternommenen Erhebung, die auf fünf Prozent der Wahlberechtigten und einem repräsentativen Querschnitt beruhten, interessant und aktuell. Am schwächsten sind die Wähler der Sozialdemokratie nach der altersmäßigen Aufgliederung im Kreis der über 60 Jahre alten Berliner, die aber auch noch zu über 59 Prozent sozialdemokratisch wählten. In der Gruppe der bis 30 Jahre alten Wähler ist die SPD aber vor über 66 Prozent, bei den Wählern zwischen 30 und 45 Jahren zu 64 und bei den 45- bis 60-jährigen auch noch vor 60 Prozent gewählt worden.

Für die CDU war die Wahl zum Abgeordnetenhaus schon wegen der gewaltigen Stimmenverluste an sich beunruhigend; sie sind es aber nach den Erhebungen aus dem repräsentativen Querschnitt noch mehr, weil sich herausgestellt hat, daß die Christlichen Demokraten bei der älteren Generation, nämlich bei den über 60 Jahre alten Wählern, noch den stärksten, in den beiden unteren Altersgruppen aber den geringsten Anhang haben. Nach dem Querschnittresultat haben rund 32 Prozent der über 60-jährigen sowie bei den 30 bis 45 Jahre alten Wähler nur noch knapp 26 Prozent die CDU gewählt.

Nicht minder bezeichnend ist es schließlich auch noch für die kommunistische SED, daß auch sie die meisten Anhänger bei den über 60 Jahre alten Berlinern hat. In dieser Gruppe hatte die SED noch ganze 1,7 Prozent, bei den bis 30 Jahre alten Berlinern gaben nur noch 0,8 Prozent (!) ihre Stimme der Partei der Mauer.

Die Freien Demokraten konnten nicht nur über ihren Wählerfolg an sich zufrieden sein - sie kehrten bekanntlich wieder in das Abgeordnetenhaus zurück -, sondern sie dürfen sich freuen, daß sie keine überalterte Wählerschicht gewonnen haben. Dem stärksten Anteil erreichten die Freien Demokraten zwar nicht wie die SPD bei den jüngsten Wähler bis zu 30 Jahren, sondern in den beiden Mittelgruppen zwischen 30 und 45 sowie zwischen 45 und 60 Jahren. Bei der FDP halten die Ältesten und die jüngsten Wähler sich etwa die Waage.

Im Gegensatz zu den üblichen Resultaten bei Untersuchungen von Wahlergebnissen im Bundesgebiet haben die weiblichen Wähler in freier Berlin die CDU kaum bevorzugt. Von 1.000 CDU-Stimmen kamen 608 von Frauen, während von 1.000 SED-Stimmen 635 vom "zarten Geschlecht" stammten wie der repräsentative Querschnitt gezeigt hat. Bei der FDP kamen dagegen von 1.000 Stimmen nur 454 von Frauen, aber 546 von Männern.

Bemerkenswert ist schließlich noch, daß auch die jungen Berliner eines mit ihren Altersgenossen im Bundesgebiet gemein haben: sie sind nicht ganz so fließig im Gang zur Urne wie die Älteren. Von den bis zu 25-jährigen gab es je tausend Wähler 194 Stimmenthaltungen, bei den Wählern zwischen 25 und 30 Jahren blieben auch noch 157 zu Hause. Die eifrigsten Wähler fanden sich dagegen in der Gruppe der 55- bis 60-jährigen, denn hier enthielten sich nur noch 64 je Tausend der Stimme!

## Eine neue Zukunft für Cypern ?

### Bedeutung eines Staatsbesuches in London

Von Dr. B. Mathiopoulos, Bonn

Ganz abgesehen von dem Sturm der Erregung, den die geplante Reise des griechischen Königspaares nach London sowohl in England als auch in Griechenland entfesselt hatte - in Griechenland kam es deswegen sogar zu einer Regierungskrise -, kommt der nun doch stattfindenden Reise im Hinblick auf die Entwicklung der britisch-griechischen Beziehungen einige Bedeutung zu.

Der Staatsbesuch hat folgende Vorgeschichte: Die Königin von England hatte das griechische Königspaar offiziell nach London eingeladen. Zwar war die Regierung Macmillan - so berichtete die englische Presse - der Meinung gewesen, die Zeit sei noch nicht reif für diesen Besuch, hatte sich aber dann der Empfehlung der Königin gefügt. Als Königin Friederike in London weilte, kam es am 20. April dieses Jahres zu Zwischenfällen und Demonstrationen. Es folgte eine Pressekampagne von rechts- und linksgerichteten Zeitungen, die sich mit aller Schärfe gegen das Regime Karamanlis richtete. Daraufhin meinte Karamanlis, der vorgesehene Besuch in England sei zu verschieben, setzte sich damit jedoch in Gegensatz zur Ansicht des Königshauses. Diese Meinungsverschiedenheit diente als unmittelbarer Anlaß seines Rücktritts. Der König richtete eine Botschaft an das griechische Volk, in der er erklärte, die Interessen der Nation erforderten die Beibehaltung des Termins vom 9. Juli. Er beauftragte den Diplomaten Pipinelis mit der Bildung einer Übergangsregierung. Pipinelis stand während des zweiten Weltkrieges, als er u.a. Botschafter in Moskau war, konsequent auf Seiten der Engländer. Die von ihm gebildete Regierung befürwortete den Staatsbesuch in England zum vorgesehenen Datum. Doch hat sich die Stimmung in England auch nach Bildung der neuen Regierung nicht wesentlich geändert. Insbesondere wird immer wieder gefordert, die sich seit Kriegsende in griechischen Gefängnissen befindenden etwa tausend alten Kommunisten seien endlich freizulassen.

### Traditionelle Freundschaft

Es stellt sich die Frage, ob der vom 9. bis 13. Juli währende Staatsbesuch - abgesehen vom rein protokollarischen Teil - auch politisch bedeutungsvolle Ergebnisse bringen könnte. Die Engländer sind nach wie vor lebhaft daran interessiert, in Griechenland eine gewisse Rolle zu spielen. Seit der Gründung des neugriechischen Staates im Jahre 1830 war England diejenige europäische Großmacht, die die Geschichte des Landes maßgeblich beeinflussen konnte. In allen Kriegen kämpften Griechen und Engländer auf einer Seite. So verband beide Völker eine geradezu traditionelle Freundschaft, bis der Cypern-Konflikt die Atmosphäre vergiftete und großen Schaden anrichtete. Hinzu kommt, daß seit Verkündung der Truman-Doktrin im Jahre 1947 der amerikanische Einfluß im östlichen Mittelmeerraum immer mehr zunahm, so daß z.Z. dieses Element politisch schwerer wiegt als die Bindungen an andere Verbündete. Es hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß England großen Wert darauf legt, im Zuge seiner einer Seemacht gemäßen Politik aus der Stellung im nuralgischen Mittelmeerraum nicht hinausgedrängt zu werden. Der kürzliche Staatsbesuch des französischen Präsi-

denten de Gaulle in Athen brachte deshalb eine gewisse Beunruhigung in London.

England verfügt nicht über die Möglichkeiten, Griechenland etwa wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Sowohl die englischen Privatinvestitionen in Griechenland nach dem Kriege waren völlig unbedeutend als auch der Anteil Englands am griechischen Export. Der an erster Stelle stehende Import- und Export-Handelspartner Griechenlands ist nach wie vor die Bundesrepublik. Im übrigen hat die Bundesrepublik mehr als alle anderen europäischen Länder Griechenland beim wirtschaftlichen Aufbau und bei der Erschließung der Möglichkeiten des Landes geholfen.

#### Umstrittenes Cypern-Abkommen

Was England derzeit bieten kann, ist eine wohlwollende Prüfung der Revisionsmöglichkeiten des Vertrages von Zürich, durch den im Jahre 1959 der Staat Cypern gegründet wurde unter Einräumung großer Rechte an die türkische Minderheit - sie stellt 18 Prozent der Gesamtbevölkerung - zum Nachteil der griechischen Mehrheit. Daß diese allzu künstliche Lösung der Cypern-Frage nicht als lebensfähige Basis für die weitere Entwicklung der Mittelmeerinsel angesehen werden kann, hat sich im Laufe der Jahre des öfteren erwiesen. Nur mit Zustimmung Englands kann das Cypern-Abkommen, durch das dem cyprischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird, revidiert werden. Aus ununterrichteten Kreisen in Athen verlautet, der griechische Botschafter in London habe kürzlich seiner Regierung mitgeteilt, die englische Regierung sei u. a. bereit, in einen ersten Gedankenaustausch über diese Frage einzutreten. Da der griechische Ministerpräsident, der gleichzeitig auch das Amt des Außenministers innehat, das Königs-paar nach London begleiten wird, wäre Gelegenheit zu derartigen Besprechungen gegeben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß auch aus dem Ausland zu hören ist, die englische Regierung prüfe die Cypern-Frage zur Zeit sehr genau.

Sollten sich diese Vermutungen bestätigen, so käme dem so viel diskutierten Besuch eine über den Rahmen eines sich bloß in protokollarischen Rahmen abwickelnden Staatsbesuches hinausgehende Bedeutung zu. Zugleich könnten die griechisch-englischen Beziehungen in ein neues Stadium eintreten.